

Zeitschrift: PS-Info : Neues von Pro Senectute Schweiz
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: - (1999)
Heft: 4

Artikel: Sozialhilfe - kein Lückenbüsser
Autor: Schmid, Walter / Seifert, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-788002>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialhilfe – kein Lückenbüsser

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ist ein Verband von öffentlichen und privaten Trägern der Fürsorge. Er gibt Richtlinien heraus, die das soziale Existenzminimum definieren und bei vielen Sozialhilfe-Behörden zur Anwendung kommen. PS-Info hat ein Gespräch mit dem neuen SKOS-Präsidenten Walter Schmid geführt. Schmid ist Chef des Amtes für Jugend- und Sozialhilfe der Stadt Zürich.

PS-Info: Früher wurden bedürftige Alte armengenössig. Heute ist das Existenzminimum im Alter durch AHV und Ergänzungsleistungen gesichert. Eine Organisation wie Pro Senectute Schweiz müsste deshalb kein unmittelbares Interesse an Fragen der Sozialhilfe haben. Trotzdem gehört sie der SKOS an. In welchen Bereichen berühren sich Altersarbeit und Sozialhilfe?

Walter Schmid: Es ist ein sozialer Fortschritt, dass ältere Menschen kaum mehr als Klienten der Fürsorge anzutreffen sind. Dies zeigt, dass die Ergänzungsleistungen zur AHV ihre Aufgabe, im Alter existenzsichernd zu wirken, weitgehend erfüllen können. Diese Errungenschaft des Sozialstaates sollten wir nicht preisgeben. Dennoch haben beide Bereiche – Altersarbeit und Sozialhilfe – immer noch einiges miteinander zu tun. Es kommt darauf an, wie Sozialhilfe definiert wird. In einem engeren Sinn betrifft sie nur das, was früher als Fürsorge bezeichnet wurde. In einem breiteren Verständnis handelt es sich bei der Sozialhilfe um bedarfsorientierte, aus Steuermitteln finanzierte Massnahmen zur Existenzsicherung. Dies betrifft auch ältere Menschen – beispielsweise dann, wenn es um gemeindliche Zuschüsse, kommunale oder kantonale Ergänzungsleistungen geht.

Ich bin sehr froh, dass Pro Senectute, aber auch die übrigen Pro-Werke, aktive Mitglie-

der unseres Verbandes sind. Damit leisten sie – aus ihrem jeweiligen Blickwinkel heraus – einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Sozialwesens.

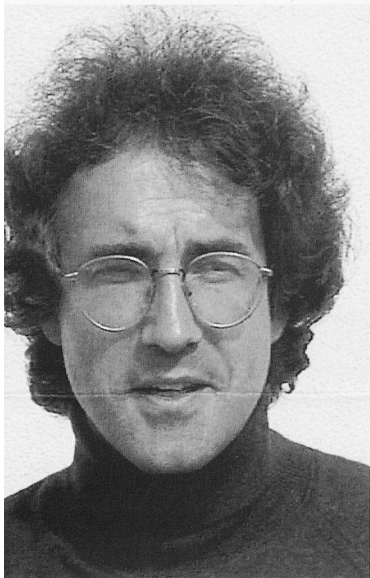
Dieses Sozialwesen ist starken Veränderungen unterworfen. Menschen, die dem gegenwärtig rasanten wirtschaftlichen Wandel nicht gewachsen sind, geraten leicht an den Rand der Gesellschaft. Neben der «Globalisierung» vollzieht sich auch eine stille Revolution in den familiären Beziehungsmustern. Beide Prozesse betreffen das System der sozialen Sicherung ganz zentral. Was bedeutet das für die Sozialhilfe?

In der wirtschaftlichen Entwicklung stellen wir fest, dass die traditionellen Formen der Arbeit, vor allem die gewohnte Arbeitsplatzsicherheit, mehr und mehr zerbröckeln, und dass andere Arbeitsformen – z.B. Teilzeit, Teil-Selbstständigkeitsformen – entstehen. Etwas Ähnliches gilt für die Entwicklung der gesellschaftlichen Lebensformen. So wird die traditionelle Familie immer mehr durch pluralere Formen abgelöst.

Strukturelle Risiken auffangen

Es ist festzustellen, dass das soziale System mit grosser zeitlicher Verzögerung auf diesen Wandel antwortet. Dort, wo es nicht reagiert, entstehen Lücken im Netz. Hier muss die Sozialhilfe einspringen – deshalb hat sie auch in den letzten Jahren einen so hohen Stellenwert erhalten. Es kann aber nicht Aufgabe der Sozialhilfe sein, alle Löcher zu stopfen. Der Sozialstaat hat dafür zu sorgen, dass regelmässig auftretende, strukturelle Armutsrisiken durch die Sozialversicherung aufgefangen werden. Die Sozialhilfe käme dann nur noch dort zum Zuge, wo ganz besondere Lebensbedingungen gegeben sind.

Zur Weiterentwicklung müssen auch die notwendigen finanziellen Mittel vorhanden sein. Heute mehren sich doch die Stimmen, die darauf hinweisen, der Staat könne sich dieses und jenes nicht mehr leisten und müsse deshalb seine Leistungen begrenzen.



**Walter Schmid,
SKOS-Präsident**

Es ist ein beliebtes Missverständnis, Veränderungen mit Mehrkosten gleichzusetzen. Ein Beispiel: Die Kinderzulagen werden heute flächendeckend an alle – egal ob mit grossem und kleinem Einkommen – ausgerichtet. Diese Zulagen könnten, vermutlich ohne finanziellen Mehraufwand, zu einem Instrument umgebaut werden, das tatsächlich den bedürftigen Familien zugute kommt. Wir müssen darüber diskutieren, welche Ziele wir mit welchen Massnahmen erreichen wollen. Das kann auch bedeuten, dass gewisse Besitzstände nicht mehr gewahrt bleiben.

Den Sozialstaat umbauen

Wir müssen einen Wandel anstreben, bei dem über Abbau und zugleich Aufbau an einem neuen Ort gesprochen werden kann. Um es noch einmal klar zu formulieren: Umbau des sozialen Sicherungssystems heisst für mich nicht einfach, die Sozialbudgets auszuweiten. Zusätzliche Kosten kommen auf jeden Fall auf uns zu – bedingt durch die demographischen Veränderungen. Die zunehmende Langlebigkeit der Menschen hat finanzielle Auswirkungen. Doch auch hier müsste ein Umdenken stattfinden. Viele Menschen haben mit 62 oder 65 noch die Energie, um in der Gesellschaft mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen.

Die SKOS gibt Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe heraus. Die Schweizerische Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) hat sie den Kantonen zur Anwendung empfohlen. Trotzdem wird über deren Verbindlichkeit gegenwärtig ein Streit geführt – beispielsweise im Zürcher Kantonsrat. Was sagen Sie zu dieser Tendenz, die SKOS-Richtlinien abzuwerten?

Mich beschäftigt an dieser Auseinandersetzung nicht nur die Tatsache, dass die SKOS-Richtlinien zu Debatte stehen, sondern vor allem, dass hier auf Kosten der Ärmsten und Schwächsten in der Gesellschaft polemisiert wird. Vermutlich die Allerwenigsten, die über diese Empfehlungen herziehen, können sich ein Leben vorstellen, das man mit äus-

serst bescheidenen Mitteln gemäss SKOS-Richtlinien führen muss.

Die Frage nach der Höhe der Leistungen kann durchaus diskutiert werden. Die SKOS hat nie behauptet, ihre Richtlinien seien die einzig wahren. Tatsache ist aber, dass sie von Fachleuten erarbeitet sind und gesamtschweizerisch eine recht grosse Akzeptanz geniessen. Sie treten für eine Sozialhilfe ein, die neben der reinen Existenzsicherung auch die gesellschaftliche Integration zum Ziel hat. Als Verband sind wir allerdings auf die Unterstützung derjenigen angewiesen, die für den Bereich der Sozialhilfe politische Verantwortung tragen. Deshalb appelliere ich an die politischen Instanzen, sich klar für einheitliche Richtlinien der Sozialhilfe in diesem Land auszusprechen. Einen Wettbewerb zwischen den Gemeinden nach dem Motto: «Wer hat die tiefsten Sozialleistungen?» halte ich für äusserst gefährlich. An dieser Stelle möchte ich noch betonen, dass das Existenzminimum der Sozialhilfe deutlich unter jenem liegt, das etwa für Ergänzungsleistungen gilt.

Gegen Ausgrenzung

Man sei gegen «soziale Hängematten», wurde im Zürcher Kantonsrat argumentiert. Auf diese Weise werden Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger moralisch abqualifiziert. Die Stimmung, die sich gegen diese Menschen verbreitet, macht es Organisationen wie der SKOS nicht einfacher, für die Interessen der Schwächsten in unserer Gesellschaft einzutreten. Wie reagieren Sie darauf?

Die Stimmen, die die Sozialhilfeempfänger abwerten, lassen diesen Menschen gar keine Chance mehr, eigene Verantwortung zu übernehmen und ihre Lage zu verändern. Sie schreiben sie in ihrer Rolle fest. Das Menschenbild, das dahinter steht, ist nicht auf die Förderung der eigenen Kräfte der Männer und Frauen am Rande unserer Gesellschaft ausgerichtet, sondern weist sie zurück, grenzt sie aus. Die Moral, die hier zum Ausdruck kommt, muss sich fragen lassen, was sie von Solidarität und Gerechtigkeit hält. *kas*